Empfehlung des 198. Plenums vom 5. November 2002

Hochschul
Rektoren
Konferenz

Ahrstraße 39 * D-53175 Bonn * Telefon (0228) 887-0 * Telefax (0228) 887-110 * sekr@hrk.de * http://www.hrk.de

Zur Neuausrichtung des Informations- und Publikationssystems der deutschen Hochschulen

1. Zusammenfassung der Empfehlungen

Die Gründung möglichst flächendeckender Beschaffungskonsortien wird von der HRK ausdrücklich befürwortet. Für die Aufrechterhaltung einer wissenschaftsadäquaten Literaturversorgung ist es gegenwärtig unabdingbar, dass Zuschüsse zur Finanzierung der Beteiligung an Konsortialverträgen von staatlicher Seite eingeplant werden. In diesem Zusammenhang wäre zu überlegen, die Versorgung mit wissenschaftlicher Information angesichts ihrer übergeordneten Bedeutung als eine Gemeinschaftsaufgabe entsprechend der Hochschulbauförderung anzulegen.

Ziel der Hochschulen muss es darüber hinaus jedoch sein, langfristig durch eine **strukturelle Veränderung** die größtmögliche Verfügbarkeit von wissenschaftlicher Information bei möglichst niedrigen Kosten zu erreichen. Die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse muss wieder der Wissenschaft und nicht primär den kommerziellen Interessen von Großverlagen dienen. **Die Hochschulrektorenkonferenz empfiehlt daher den Fachgesellschaften und Fakultätentagen, alternative Publikationswege– auch in der Akzeptanz - nachdrücklich zu fördern. Die Hochschulleitungen werden aufgefordert, die angesprochenen Umstrukturierungsprozesse durch Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur zu unterstützen.** Das kann dadurch geschehen, dass Hochschulen einzeln oder gemeinsam Hochschulschriftenserver betreiben oder eigene Verlage gründen. Erleichtert wird dies dadurch, dass die Informationen elektronisch vorliegen. Die Nutzung kann selbstverständlich auch in gedruckter Form erfolgen (z.B. print on demand). Im Vergleich zu traditionellen, verlagsgebundenen Zeitschriften haben Hochschulschriftenserver bisher den Nachteil, dass die darin zur Verfügung gestellten Informationen nicht von einem unabhängigen Gutachtergremium bewertet worden

sind. Der Mehrwert, den die Zeitschriftenverlage schaffen, liegt daher im Wesentlichen in der von ihnen organisierten Begutachtung der Artikel. **Die Hochschulrektorenkonferenz empfiehlt deshalb, mit den alternativen Publikationsformen zugleich auch neue Begutachtungsstrukturen und –verfahren zu fördern.** Hierzu bieten sich unterschiedliche Wege an: Beispielsweise durch gemeinsam von Hochschulen gegründete Begutachtungsverbünde oder durch die Erhebung von Zugriffszahlen bei allen auf einem Hochschulschriftenserver aufgelegten Veröffentlichungen – ggf. unter Ausschluss von Mehrfachzugriffen desselben Nutzers. Andere Bewertungsformen sind vorstellbar.

Ein weiteres strukturelles Problem der Hochschulbibliotheken ist die weitgehende Unkenntnis über die tatsächliche Nutzungshäufigkeit ihres Angebotes gedruckter Zeitschriften. Verlässliche Statistiken hierüber sind kaum zu erstellen. Während man bei elektronischen Artikeln die Nutzungshäufigkeit durch – ggf. gewichtete – Zugriffsanalysen erheben kann, ist dies bei Freiaufstellung der gedruckten Literatur nur durch Nutzungseinschränkung oder unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. Angesichts der Tatsache, dass große Bibliotheken jährlich mehrere Millionen Euro für den Zeitschriftenerwerb ausgeben, ist eine genaue Kenntnis der Nutzerwünsche zur Koordination und Abwägung der Beschaffungs- und Erwerbungspolitik jedoch zwingend erforderlich. Hierzu können Konsortialverträge mit etablierten Zeitschriftenverlagen über die Nutzung deren elektronischer Angebote durchaus hilfreich sein, wenn die Erhebung statistischer Daten verpflichtend vereinbart wird.

Konsortialverträge führen nicht automatisch zu einer Preisreduktion. Das liegt zum einen daran, dass für gedruckte Informationen der halbe, für elektronische der gesamte Mehrwertsteuersatz berechnet wird. **Deshalb fordert die Hochschulrektorenkonferenz die Bundesregierung auf, sich für die europarechtliche Ermöglichung einer Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes – wie sie für Druckerzeugnisse in Deutschland besteht - auch für digitale Verlagsprodukte einzusetzen**. Denn die fehlende Ermäßigung führt zur Zeit zu Verteuerungen von 9 %, die gegen eine mögliche Preisreduktion aufgrund Konsortialerwerbs aufzurechnen sind. Weiterhin verlangen die Verlage für die gemeinsame Nutzung der Literatur eine zusätzliche Gebühr (electronic fee), die in der Regel bei 10 % der Abonnementkosten liegt. Eine umfassende Bestandsrevision über elektronische Publikationen führt daher kurzfristig zu Mehrkosten, bevor sich der Einsparungseffekt durch Abbestellungen bemerkbar macht. Da sich dieses Problem in der ganzen Bundesrepublik gleichermaßen stellt, **fordert die Hochschulrektorenkonferenz den Bund auf, ein zeitlich befristetes Sonderprogramm als bundesweite Umstellungshilfe auf den elektronischen Bezug von wissenschaftlicher Information für die betroffenen Hochschulen aufzulegen.** Zusammen mit der Verfolgung alternativer Publikationswege könnte diese Maßnahme dazu dienen, grundlegende Veränderungen in der Struktur

der wissenschaftlichen Informationsversorgung und -bereithaltung in Deutschland zu erreichen und zu einer deutlichen Kostenreduktion beim Literaturerwerb führen.

Die Empfehlungen zur strukturellen Reform werden im folgenden Text weiter gehend erläutert und beschrieben.

2.
Einleitung

Die Kosten für die wissenschaftliche Literaturversorgung haben sich im vergangenen Jahrzehnt mit mehr als zweistelligen Preissteigerungsraten drastisch erhöht. Dies ist durch die ungünstige Entwicklung des Dollarkurses in den letzten Jahren zusätzlich verstärkt worden. Die Folge ist eine immer dramatischer werdende Marktschwäche der Hochschulen, die zu Abbestellungen von Zeitschriften, verringertem Kauf von Monographien und einer schlechten Versorgung mit elektronischer Literatur führt.

Das Plenum der Hochschulrektorenkonferenz hat in seiner Empfehlung vom 19./20. Februar 2001 (Reduzierung der Etatkrise wissenschaftlicher Bibliotheken durch Konsortialverträge) das drängende Thema zum wiederholten Mal auf die Agenda gebracht und den Abschluss möglichst flächendeckender Konsortien als ein wichtiges Mittel zur Verbesserung der Situation angesehen. Verwiesen wird auch auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur digitalen Informationsversorgung durch Hochschulbibliotheken vom 13. Juli 2001.

In der Folge hat das Präsidium der HRK die Arbeitsgruppe „Beschaffung wissenschaftlicher Information“ eingerichtet, der Rektoren, Kanzler und Bibliotheksdirektoren sowie Vertreter von KMK und DFG angehörten. Die Arbeitsgruppe ist in den Beratungen bald zu der Erkenntnis gekommen, dass der angesprochenen „Etatkrise“ ganz wesentlich strukturelle Probleme zu Grunde liegen, die langfristig wirksame Strukturveränderungen erfordern. Dazu sind verschiedene weit reichende, aufeinander abgestimmte Maßnahmen notwendig, die dazu führen, dass sich die Hochschulen in der Wertschöpfungskette der wissenschaftlichen Publikation neu positionieren und sich der Publikationsprozess insgesamt zu ihren Gunsten verändert und verbessert. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit lag deshalb in der Entwicklung mittel- und längerfristiger Strategien zur Überwindung der Strukturkrise.

Entscheidend ist es dafür, dass konsequent die Möglichkeiten elektronischer Kommunikation und Publikation genutzt werden:

Dabei sollte

- durch Konsortien für den Bezug elektronischer Zeitschriften mit der Möglichkeit des Umstieges auf e-only der Weg zu preisgünstigeren Abonnements bei verbesserter Zugänglichkeit geebnet werden;

- durch die auf diese Weise geschaffene Möglichkeit des Zugangs aller Beteiligten zu elektronischen Medien zugleich durch Datenerhebungen die statistischen Grundlagen für ein zukünftiges Bezugs- und Abrechnungssystem gelegt werden;

- durch den Ausbau von international kompatiblen Hochschulservern eine allgemeine Plattform für die wissenschaftliche Kommunikation geschaffen werden.

3.
Die Bereitstellung von Online-Information als Infrastrukturmaßnahme

Online Informationen zeichnen sich gegenüber gedruckten Informationen dadurch aus, dass sie im Prinzip

- leichter recherchierbar

- jederzeit und direkt vom Arbeitsplatz aus erreichbar

- flexibel einsetzbar (u.a. Versand über Internet, Ausdruckmöglichkeiten)

sind.

Insgesamt führt der Online-Zugriff zu wissenschaftlicher Information zu einer Beschleunigung und zu höherer Effizienz wissenschaftlicher Arbeit in Forschung, Lehre und Studium. Die möglichst breite Bereitstellung von elektronischer Information stellt deshalb eine wesentliche Infrastrukturmaßnahme für die wissenschaftliche Entwicklung dar.

Allerdings ist die derzeitige Situation noch durch große Unsicherheit bei den Beteiligten gekennzeichnet. Genannt seien:

- Die Forschenden stehen den elektronischen Medien teilweise (fachspezifisch in unterschiedlichem Maße) skeptisch gegenüber.

- Die Verlage stützen sich weitgehend auf die gedruckten Ausgaben, weil hier die Verdienstmöglichkeiten (insbesondere über Subskriptionen) klarer und einfacher geregelt sind.

- Die Hochschulen haben zwar die elektronische Erschließung ihrer Bestände nahezu umfassend durchgeführt, die Frage der dauerhaften Archivierung und Zugänglichkeit sowie die rechtlich vielfach unklare Angebots- und Nutzungssituation muss jedoch gelöst werden.

- Die Möglichkeit eigenständiger elektronischer Publikation im Internet wird von Wissenschaftlern, Hochschulen und Fachgesellschaften nur in geringem Umfang wahrgenommen und unterstützt.

Es gilt in dieser Phase der Unsicherheit eine Strategie zu entwickeln, die

- schnell eine breite Nutzung der elektronischen Medien sicher stellt;

- die finanzielle Belastung für die Hochschulen sowie die Unterhaltsträger kalkulierbar macht;

- mittelfristig zu neuen, sachgerechteren Formen des Bezugs und der Bezahlung elektronischer Medien führt.

Die weitgehende Umstellung auf die elektronische Bereitstellung wissenschaftlicher Forschungsliteratur bietet dabei grundsätzlich eine Chance, bei Produktion, Vertrieb und Nutzung die Kosten zu reduzieren.

3.1 Die Umstellung auf Online-Zugriff bei Verlagsprodukten

Das Ziel, wissenschaftliche Literatur und Information in digitaler Form online zur Verfügung zu stellen, ist für Datenbanken weitgehend erreicht. Bei Zeitschriften haben bisher nur die großen internationalen Verleger ihr Angebot in maßgeblichem Umfang (überwiegend in den technisch-naturwissenschaftlichen Fachgebieten) auf elektronische Medien umgestellt.

Die Nutzung dieser Medien könnte für Hochschulen ökonomischer durch verbreitete gemeinschaftliche Erwerbung von Zugriffsrechten organisiert und geregelt werden. Im Rahmen der hierfür abzuschließenden Konsortialverträge verlangen die Zeitschriftenverleger jedoch in der Regel einen zusätzlichen Betrag für den gemeinsamen Zugriff der Konsortialpartner auf alle

elektronischen Inhalte (Common Access). Dies ist in vielen Fällen ein wesentlicher Hinderungsgrund zum Abschluss von Konsortialverträgen. Wenn diese zusätzlichen Kosten den Hochschulen selbst aufgeladen werden, entstehen erhöhte Etatbelastungen. Konsortien für elektronische Zeitschriften kommen deshalb zum Teil mangels Finanzierbarkeit des gemeinsamen Zugangs nicht zu Stande. Häufig scheitern Abschlüsse von Konsortialverträgen an den von Verlagen eingebrachten Nichtabbestellklauseln, welche die Hochschulen an einer flexiblen, am tatsächlichen Bedarf ausgerichteten Erwerbungspolitik hindern.

Eine gute Literaturausstattung gehört zu den Konkurrenzkriterien einer Hochschule. Es muss deshalb auch politisches Ziel sein, wenigstens in der Grundausstattung vergleichbare Ausgangschancen für Forschung, Lehre und Studium an allen Hochschulen zu erreichen. Das Gesamtniveau der Forschungs- und Studienmöglichkeiten würde sonst in Deutschland sinken und die internationale Konkurrenzfähigkeit vermindern. Dies gilt besonders auch für kleinere Hochschulen, für die über Konsortialverträge eine breite Versorgung mit wissenschaftlicher Information sichergestellt werden kann.

Ein möglichst umfassender und kostengünstiger Online-Zugang zu wissenschaftlich relevanter elektronischer Literatur und Information kann deshalb eine wesentliche Beschleunigung und Verbesserung der Forschungs- und Studienmöglichkeiten mit sich bringen:

- Fernleihbestellungen und Dokumentlieferungen können auf sehr spezielle Titel reduziert werden;

- wie die Auswertung von Nutzungsstatistiken zeigt, ergeben sich durch die schnell wachsende Nutzung der Online-Ressourcen innerhalb von kurzer Zeit in den meisten Fällen geringere Kosten pro Einzelnutzung, als dies bei der Bereitstellung über Dokumentlieferdienste der Fall sein kann;

- die zeitaufwendige Beschaffung von auswärts wird durch den direkten Zugriff am Arbeitsplatz ersetzt, der die schnelle Entscheidung über Wert oder Unwert eines Textes und im Bedarfsfall eine unmittelbare Weiterverarbeitung ermöglicht.

Es ist daher zur erhöhten Effizienz von Forschung und Studium auch volkswirtschaftlich sinnvoll, möglichst bald den breiten Online-Zugriff für die wissenschaftlich relevante Literatur und Information zu ermöglichen.

3.2 Vertragliche und finanzielle Aspekte der Umstellung auf Online-Zugriff

In der Regel wird bei Konsortialverhandlungen vom vorhandenen Niveau der Print-Abonnements ausgegangen. Bei mehrjähriger Laufzeit von Verträgen sind in der Regel relativ geringe Preissteigerungsraten erreichbar.

Ziel ist es, durch die Umstellung des Bezugs von Print auf e-only Preisreduzierungen von ca. 20% zu erreichen, so dass die Preissteigerungen für eine gewisse Zeit aufgefangen werden. Die Umstellung auf digitale Lieferung wird allerdings durch EU-Recht erschwert, das derzeit die Anwendung des normalen Mehrwertsteuersatzes für elektronische Medien vorsieht, der in Deutschland bei 16% und damit neun Prozent über dem Mehrwertsteuersatz für gedruckte Materialien liegt. Deshalb wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf europäischer Ebene für die Durchsetzung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auch für digitale Verlagsprodukte einzusetzen.

3.3 Die Entwicklung verteilter digitaler Veröffentlichungsstrukturen der Hochschulen

Das wissenschaftliche Publikationswesen wird derzeit weitgehend durch Verlagsprodukte beherrscht. Dabei ergibt sich - wie schon kurz angesprochen - durch das mit Fachzeitschriften verbundene Bewertungssystem eine quasi-monopolistische Struktur für bestimmte Verlagsprodukte:

Gelingt es einem Verlag, eine Zeitschrift von hohem Renommee zu publizieren, kann er praktisch jeden beliebigen Preis dafür fordern, denn

- insbesondere junge Wissenschaftler sind gezwungen, in Zeitschriften mit hohem Impactfaktor (er ergibt sich durch die Häufigkeit, mit der die entsprechende Zeitschrift zitiert wird) zu publizieren. Deswegen sollte der Stellenwert und die Nutzung des „Impact Factors“ von Publikationen als Kriterium für die Bewertung von wissenschaftlicher Qualifikation relativiert werden.

- für renommierte Wissenschaftler ist es eine Angelegenheit des Prestiges, im Herausgebergremium einer derartigen Zeitschrift zu erscheinen.

- Damit entsteht die Situation, dass Wissenschaftler, die vom Staat finanziert werden, ihre Verwertungsrechte an einen Verleger geben, der die Qualität der Zeitschrift nur über das ebenfalls von der Wissenschaft kostenlos zur Verfügung gestellte Refereesystem sichern kann.

- Die Veröffentlichungen werden dann aber zu Preisen verkauft, die es den Hochschulen in zunehmenden Maß unmöglich machen, die betreffenden Zeitschriften zu erwerben.

Es gibt unterschiedliche Strategien, diese Situation zu verändern. Eine von der Initiative SPARC begonnene ist die Gründung preisgünstiger Alternativtitel von hoher Qualität. Andere - ebenfalls von SPARC propagierte - Möglichkeiten bestehen darin, neue Publikationsformen zu erproben.

Dabei erscheint der Aufbau von Servern für Online-Publikationen ein entscheidender Schritt. Durch die Gründung hochschuleigener und die Stützung fachlicher Server kann ein durchgängiges Kommunikationssystems geschaffen werden. Damit würde eine freie wissenschaftliche Grundinformation gesichert, die durch nachträgliches Referieren oder durch Informationen über die Häufigkeit der Zugriffe zusätzlich mit Qualitätsinformationen ergänzt werden könnte. In diesem Rahmen wäre es auch wünschenswert, funktionsfähige Alternativen zum Impact Factor zu entwickeln. Schließlich sollten die Hochschulen alle Möglichkeiten ausschöpfen, dass alle ihre Wissenschaftler zur Veröffentlichung anstehende Artikel auf Servern der jeweiligen Hochschule zugänglich machen. Auch die Bewilligung von Forschungsmitteln z.B. durch die DFG sollte mit der Verpflichtung verbunden sein, die Forschungsergebnisse vor einer Verlagsveröffentlichung ebenfalls zunächst auf einem allgemein zugänglichen Server verfügbar zu machen.

Die Grundinvestitionen für ein derartiges System mit universitätseigenen Informationsservern können im Rahmen des Ausbaus der IT-Kapazitäten der Hochschulen bei der Entwicklung von e-learning- und e-teaching-Umgebungen erfolgen.

3.4 Die Integration der Verlage in das neue elektronische wissenschaftliche Publikationssystem

Wenn die Hochschulen die grundständige Wissenschaftsinformation in die Hand nehmen, verändert das ihre Stellung gegenüber der traditionellen Wertschöpfungskette des Publizierens. Diese Entwicklung gibt aber auch den Verlagen neue und interessante Chancen zur Integra-

tion[1]. Zunächst einmal wird es zwischen den Hochschulen eine Art Markt für Lehr- und Lernmaterial geben. Teilweise werden dabei die Hochschulen auf Gegenseitigkeit Lehrmaterialien und Forschungsarbeiten austauschen. Sind die Angebote quantitativ und qualitativ sehr verschieden, wird dies teilweise zur gegenseitigen Verrechnung führen. Auf diesem Markt ergeben sich auch vielfältige Möglichkeiten aktiver verlegerischer Tätigkeit, wenn die Verlage die Chance nutzen, national und international zusätzliche Absatzmöglichkeiten für die Produkte der Hochschulen zu schaffen. Zwischen Hochschulen, den Verlagen und anderen Vermittlern zwischen Autor und Leser müssen dafür geeignete Verträge abgeschlossen werden, in denen der Beitrag jedes Partners in der Wertschöpfungskette berücksichtigt wird.

Weiterhin ist die qualitative Begutachtung der Information für die Forschung, aber auch für die Lehre erforderlich. Sie muss unabhängig von der publizierenden Hochschule erfolgen. Traditionell war es die Aufgabe der Verlage, den Prozess der Begutachtung zu organisieren. In Zukunft sollte die vorrangige, Mehrwert bildende Leistung der Verlage in der Schaffung komfortabler Zugangswege und in der Herstellung qualitativ hochwertiger Verknüpfungen mit anderen Quellen bestehen.

Auf diese Weise ist es möglich, die Information auf der Ebene der Einzeldisziplinen und interdisziplinär zu aggregieren und gleichzeitig die Vorteile der Qualitätskontrolle zu erhalten, wie sie im heutigen System der Fachzeitschriften praktiziert wird. Wenn die Verlage in einem solchen System als nationale und internationale Vermittler und Aggregatoren den Vertrieb der wissenschaftlichen Publikationen Erkenntnisse organisieren und betreuen, könnten die Publikationen selbst trotzdem weitgehend in von den Verlagen unabhängigen Systemen hochschuleigener Server gespeichert bleiben. Die Struktur des elektronischen Publikationswesens kann also ein verteiltes System sein; auch die Archivierung sollte dezentral erfolgen.

Da die Hochschule die Erstfassung der wissenschaftlichen Publikationen auf ihrem Server hält, wird ihre Stellung gegenüber den Verlagen deutlich gestärkt.

Die Entwicklung von Hochschulservern führt insgesamt zu stärker gleichrangigen Verhältnissen zwischen Hochschulen und Verlagen in der Wertschöpfungskette. Beide werden Lieferant und

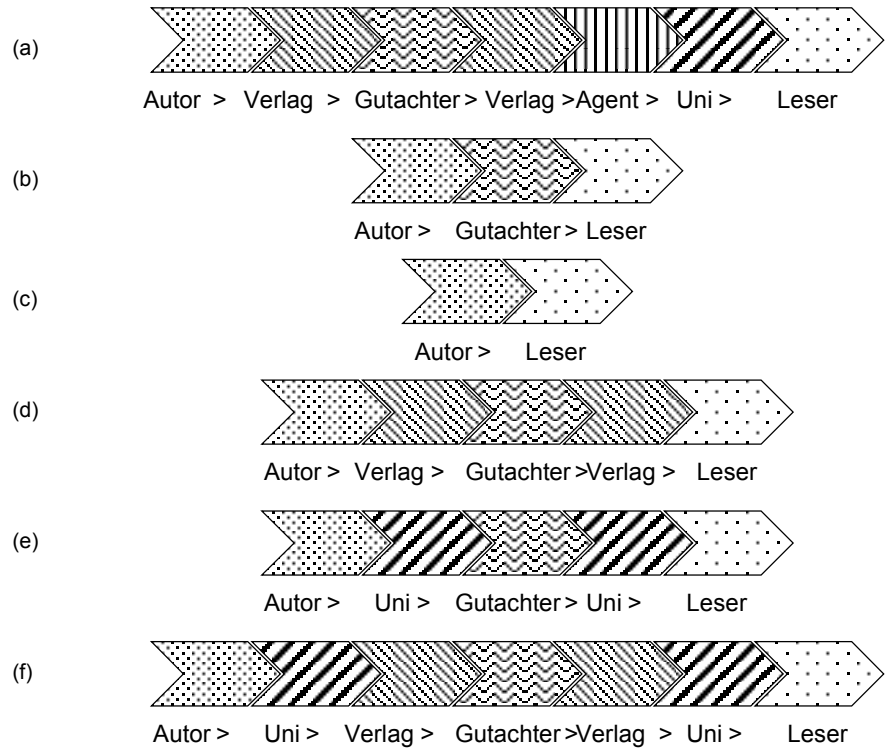
---

[1] *Vgl. zum Folgenden: Hans E. Roosendaal, Peter A.T.M. Geurts und Paul E. van der Vet, Eine neue Wertschöpfungskette für den Markt der wissenschaftlichen Information?, http://www.bibliothek-saur.de/preprint/2002/roosenda_end.pdf, S. 6 f.; siehe auch: Hans E. Roosendaal, Peter A. Th. M. Geurts and Paul van der Vet, "Higher education needs may determine the future of scientific e-publishing", http://www.nature.com/nature/debates/e-access/Articles/roosendaal.html.*

Abnehmer. Dies wird auch eine Auswirkung auf die Geldströme zwischen Verlag und Hochschule haben müssen.

Neue Partnerschaften werden sich entwickeln; neue Geschäfts- und Verteilungsmodelle sind erforderlich. Weitere vordringliche Aufgaben sind es, Vorschläge für eine entsprechende vertragliche Gestaltung und die Sicherung der Integrität des veröffentlichten Materials zu erarbeiten.

Die Neugestaltung der Wertschöpfungskette vom traditionellen Modell (a) bis zum Modell eines neuen elektronischen wissenschaftlichen Publikationssystems (f) ist im folgenden Schaubild dargestellt:



Verschiedene Formen der Wertschöpfungskette,
von (a) traditionell zu (f) möglich zukünftige “digitale” Wertschöpfungskette

4.
Empfehlungen

Die Hochschulrektorenkonferenz empfiehlt das wissenschaftliche Informations- und Publikationswesen in den nächsten Jahren konsequent auf elektronische Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten auszurichten. Dies geschieht unbeschadet der gedruckten Publikation, die für oft und dauerhaft gebrauchtes Material weiterhin (in der Regel als besondere Ausgabeform digitaler Information) ihren Wert behalten wird.

4.1 Zentrale Aufgabe

Die Neuausrichtung des Informations- und Publikationswesens steht an jeder Hochschule als eine die Hochschulentwicklung grundlegend betreffende Strukturveränderung in der Verantwortung der Hochschulleitung.

Zur Sicherung der Nachhaltigkeit ist die Vornahme von strukturellen Veränderungen unabdingbar wie sie insbesondere die unter 3.3 und 4.3 beschriebene Etablierung elektronischer Veröffentlichungsstrukturen an den Hochschulen darstellt. Dabei ist darauf zu achten, dass diese neuen Strukturen mit der Gesamtentwicklung der Hochschule - insbesondere den Aufbau IT-unterstützter Lehr- und Lernsysteme - verzahnt werden.

4.2 Strukturelle Ausrichtung und Förderung

Wissenschaftliche Information wird in Zukunft digital gespeichert. Sie sollte dauerhaft verfügbar sein; ihre Archivierung muss sichergestellt werden. Der Leser bestimmt die Ausgabeform.

Um die allgemeine Umstellung auf elektronische Medien zu beschleunigen, soll durch ein gezieltes Förderprogramm des Bundes erreicht werden, dass möglichst schnell ein breiter Zugriff auf elektronische Zeitschriften eröffnet wird. Hierzu sollte die Finanzierung des Bundes die Mehrkosten für den gemeinsamen elektronischen Zugang (common access) umfassen. Unter der (bindenden) Voraussetzung, dass die bisherigen Investitionen in den Zeitschriftenbereich aufrechterhalten werden, ließe sich durch eine zusätzliche Bereitstellung von Sondermitteln in der Größenordnung von etwa 10% der derzeitigen Ausgaben für Zeitschriften ein breiter Zugang auf elektronische wissenschaftliche Literatur erreichen. Die Mittel sollten als ergänzende Maßnahme für einen Zeitraum von 3 bis maximal 5 Jahren zur Verfügung gestellt werden.

Sie stellen keine Subvention der laufenden Bibliotheksetats dar, sondern dienen gezielt dazu

- die schnelle Umstellung auf den elektronischen Bezug zu ermöglichen;
- die Voraussetzungen zur exakten statistischen Erhebung der wirklichen Nutzung zu schaffen; und damit
- die Grundlagen für eine Neuordnung des Bezugs wissenschaftlicher Zeitschriftenliteratur zu schaffen, bei der die Finanzierung auf Dauer entsprechend der anteiligen Nutzung erfolgen sollte, sowie
- die gezielte Umstellung auf pay on-demand-Verfahren bei selten genutzter Literatur möglich wird.

Ein Programmausschuss sollte das Programm in Zusammenarbeit mit den Hochschulen umsetzen und begleiten. Dem Ausschuss sollten mindestens zwei von der HRK nominierte Hochschulvertreter angehören.

Als Finanzierungsbedarf ergeben sich etwa folgende Beträge:

Es wird geschätzt, dass in der Bundesrepublik im Jahr 2002 für Zeitschriften etwa 150 Mio. € ausgegeben werden. Damit ergibt sich ein erforderlicher Zuschussbetrag von 15 Mio. € pro Jahr.

Außerdem werden maximal 1 Mio. € pro Jahr veranschlagt für Forschungs- und Projektkosten, und zwar für folgende Aufgaben:

- Wissenschaftliche Begleitung
- Datenerhebung
- Methodologische Vorschläge
- Organisation und Geschäftsführung für den Programmausschuss

Damit beliefe sich der vom Bund aufzubringende Mittelbedarf auf insgesamt ca. 16 Mio. € pro Jahr für die Dauer von 3 bis maximal 5 Jahren.

Die Auszahlung der Mittel an die jeweiligen "Konsortialträger“ sollte nur erfolgen, wenn eine Prüfung im Einzelfall ergeben hat, dass die im Folgenden aufgeführten Vertragselemente erfüllt sind.

4.2.1. Grundsätze für die Lizenzverträge

Für eine Bezuschussung der Kosten elektronischer Nutzung im Rahmen von Konsortialvereinbarungen müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- die Möglichkeit eines e-only Bezugs. Dabei müssen die Preise deutlich unterhalb der derzeitigen Kosten für die gedruckte Version liegen (anzustreben ist eine Reduktion um ca. 20%).

- der Kauf von zusätzlichen Printexemplaren sollte zu einem wesentlich reduzierten Preis möglich sein.

- die Möglichkeit für alle Teilnehmer an einem Konsortium (z.B. alle Hochschulen und staatlichen wissenschaftlichen Bibliotheken einer Region oder auch alle Hochschulen, in denen ein bestimmtes Fach gelehrt wird) Zugriff auf ein breites elektronisches Titelangebot zu erhalten, unabhängig davon, ob sie diese bisher subskribiert hatten.

- "Permanent access" zusatzkostenfrei auf alle Titel auch nach Abbestellung für den gesamten vorangegangenen Lizenzzeitraum entweder durch den Produzenten und Lieferanten direkt oder durch arbeitsteilig organisierte Archivierung durch die beteiligten Bibliotheken selbst. Im letzteren Fall sind hierzu mit den Verwertungsrechteinhabern bzw. den Verlegern oder Herausgebern möglichst kostenfreie Datenlieferungsverpflichtungen für die Archivierung vertraglich festzulegen und durch geeignete Schritte rechtlich und technisch abzusichern.

- Wünschenswert ist, dass für die einzelne Hochschule eine Abbestellmöglichkeit während der Laufzeit unter Verzicht auf elektronischen Zugang zum Titel besteht.

- Die Laufzeit der Verträge sollte mindestens 3 Jahre bei einer festgelegten Kostensteigerung bis zur Höhe der Inflationsrate betragen, um eine Verstetigung der Ausgaben zu ermöglichen.

- Die Verlage müssen die statistischen Daten als Einzeldaten und Gesamterfassung aller einbezogenen Vertragslieferungen nach ICOLC-Standard (International Coalition of Library Consortia) liefern. Die LIBER Prinzipien für Lizenzen sollten weitgehend Grundlage der Lizenzverträge sein.

Alle geförderten Hochschulen sind verpflichtet, sich an der Erhebung der statistischen Daten zu beteiligen. Die Daten sind dem einzurichtenden zentralen Programm-Ausschuss zur Auswertung zur Verfügung zu stellen, damit flächendeckende Werte für die Bundesrepublik gewonnen werden können. Dabei sind bei mehrschichtigen Bibliothekssystemen die Institutsbibliotheken in gleicher Weise einzubeziehen. Sie müssen sich (mit der Perspektive einer Erweiterung des Zugriffs und der zu erwartenden Kostenreduzierung nach der Neuausrichtung der Beschaffung) an der Finanzierung der laufenden Abonnements in der Erhebungsphase in gleicher Höhe wie bisher beteiligen.

4.3 Aufbau eines elektronischen Publikationssystems der Hochschulen

Die Hochschulrektorenkonferenz empfiehlt als infrastrukturelle Maßnahme Hochschulserver für die elektronische Publikation auf- und auszubauen.

Diese Server sollten

- die an der Hochschule entstehenden wissenschaftlichen Arbeiten sowie

- Materialien zu Lehrveranstaltungen

enthalten.

Durch das Einhalten internationaler Standards bei den Datenformaten (z.B. DublinCore, OAi) wird die weltweite Zugänglichkeit dieser Materialen gesichert.

Die Grundinvestionen für ein derartiges System universitätseigener Informationsserver sollten im Rahmen der Entwicklung von e-learning-Umgebungen in den Hochschulen geleistet werden. Es kann dabei davon ausgegangen werden, dass die Materialien zu Lehrveranstaltungen mehr Serverkapazität in Anspruch nehmen werden als die wissenschaftlichen Publikationen.

Ziel sollte sein, für Ausbau, Bereitstellung und Nutzung neuer Medien für die Forschungskommunikation und für die Bereitstellung von Lehrmaterial zusätzliche Fördermittel zu erhalten. Durch Partnerschaften der Hochschulen mit der Hard- und Softwareindustrie können besonders gute Beschaffungskonditionen erreicht werden.

Der Aufbau der Publikationsserver sollte im Rahmen eines Förderprogramms mit Mitteln für eine dreijährige Bereitstellung einer Stelle BAT II a pro Hochschule und zusätzlichen Mitteln für Investitionen in Hard- und Software von 50 T € pro Hochschule unterstützt werden.

4.4 Integration der Verlage in die neue wissenschaftliche E-Publishing-Struktur

Wie bisher können die Forschungspublikationen auch den Verlagen angeboten werden oder auch von (unter qualitativen Gesichtspunkten auswählenden) Universitätsverlagen publiziert werden. Das grundständig verteilte wissenschaftliche Kommunikationssystem mit Hochschulservern macht die Verlage nicht überflüssig, verbessert aber die notwendigerweise starke Grundposition der Wissenschaft im Publikationsprozess entschieden. Zugleich bietet das System auch mittelständischen Unternehmen im Publikationswesen zusätzliche Chancen.

Die Hochschulen bauen ein leistungsfähiges verteiltes System der Bereitstellung und Archivierung wissenschaftlicher Information auf und laden die Verlage ein, sich daran zu beteiligen.

4.5 Internationalisierung der Strategie

Durch Vernetzung mit entsprechenden Aktivitäten der Hochschulen in den Nachbarländern und unter Berücksichtigung der Entwicklungen im anglo-amerikanischen Wissenschaftsbetrieb sollte die Strategie einer Überleitung zu einem elektronischen Publikationssystem für die Wissenschaft (einschließlich der begleitenden Forschung) schrittweise auf eine internationale Ebene gebracht werden. Hierbei sollte sich auch der fachlichen Mitwirkung von SPARC und der europäischen Bibliotheksverbände (insbesondere LIBER) bedient werden.